

Not sehen & handeln: #DasMachenWirGemeinsam

Sozialpolitisches Agendapapier 2021¹

Die Voraussetzung von Sicherheit und Wohlstand, die 75 Jahre nach Kriegsende das Lebensgefühl und Streben vieler Menschen prägte, ist erschüttert, die „Sozialstaatsbedürftigkeit der liberalen Gesellschaft“² unmittelbar erfahrbar geworden. „Unsere spirituellen und materiellen Reichtümer wurden zur Diskussion gestellt, und wir haben entdeckt, dass wir Angst haben.“³

Caritas – tätige Aufmerksamkeit für die Ängste und Nöte der Menschen, gerade auch für die Bedrängnisse derer, die arm und ausgegrenzt sind – ist dringender denn je. Die Grundbotschaft der verbandlichen Caritas in den politischen Raum lautet daher:

- ◆ Es bedarf einer Bündelung von Kräften und der Bildung von Allianzen zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.
- ◆ Es geht darum, Spaltungen, Polarisierungen und falschen Simplifizierungen entgegenzutreten und so Voraussetzungen der dringlich notwendigen Solidarität, einer lebendigen Solidarität unter Ungleichen, zu stärken.

Wider die Paradoxie sich gegenseitig (scheinbar) ausschließender Anliegen in einer Welt voller komplexer Gleichzeitigkeiten geht es um die Verbesserung der Teilhabechancen durch Überwindung von Grenzen aller Art – durch anwaltschaftliches Reden und solidarisches Handeln, durch Engagement und Empowerment.

Caritas steht für seismographische Offenheit für die sich entwickelnden Nöte in unserer Gesellschaft und für eine zugewandte Daseinsorge.

Caritas heißt: komplexe Aufgaben zupackend anzugehen und dabei ausgleichend zwischen verschiedenen Interessen zu wirken. Als Wohlfahrtsverband trägt der Deutsche Caritasverband (DCV) ganz konkret dazu bei, soziale Sicherheit Wirklichkeit werden zu lassen. Im breiten Angebot der sozialen Dienste und Leistungen antwortet er auf soziale Bedarfe und Notlagen und trägt seine Erfahrungen in die gesellschaftliche und politische Debatte. Als Solidaritätsstifter versöhnt der DCV und wirkt für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Fünf Schwerpunkte sind 2021 angelegt:

- ◆ die Bewältigung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen;
- ◆ Sorge für die Gleichwertigkeit sozialer Infrastruktur, gleichwertige Lebensverhältnisse und Teilhabechancen;
- ◆ Sicherung digitaler Teilhabe;

- ◆ Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts unter den Vorzeichen globaler Wanderungsbewegungen;
- ◆ die Versöhnung ökologischer und sozialer Herausforderungen in nationaler und globaler Perspektive.

Das machen wir gemeinsam! Der Kampagnenclaim der Jahre 2021/22 „beheimatet“ die vielfältige Caritasarbeit – in der Spannung gesellschaftlicher Megatrends: zwischen Individualisierung und Konnektivität, Mobilität und Sicherheit ... Mit fünf Begriffspaaren, die die Spannung der verbandlichen Aufgabenfelder umschreiben, sortieren wir exemplarisch Forderungen und Maßnahmen, die dringlich auf der Agenda stehen:

a) Sicher & frei: #DasMachenWirGemeinsam

Die Bewältigung der Corona-Pandemie und ihrer (shutdownbedingten) ökonomischen, sozialen, politischen und psychischen Folgen prägen Gesellschaft und Politik ebenso wie die Arbeit der Caritas im Jahr 2021 – und voraussichtlich noch weit darüber hinaus. In der Spannung zwischen Sicherheit und Freiheit, zwischen Fürsorge und Selbstbestimmung will Caritas gemeinsam mit der Politik alles tun, um die Menschen zu schützen und die Folgen der Pandemie zu bewältigen. Die Gewährleistung gesundheitlicher Sicherheit hatte und hat Vorrang, aber auch vor Freiheit und Gleichheit? Freiheitsrechte werden und wurden eingeschränkt, individuell und auch gesellschaftlich. Die Abwägung zwischen berechtigten Sicherheitserfordernissen und einzuschränkenden Freiheitsrechten war und bleibt herausfordernd.

Deshalb stellen wir die Fragen: Dürfen Kontakte von Bewohner(inne)n in Einrichtungen der Altenhilfe und der Behindertenhilfe zu ihren Angehörigen aus Sicherheitsgründen dauerhaft eingeschränkt oder gar verwehrt werden, auch wenn dadurch ihre Lebensqualität erheblich beeinträchtigt wird? Darf das persönliche Bewegungsmuster digital überwacht und für epidemiologische Maßnahmen ausgewertet werden? Ist es richtig, Kinder ohne angemessene Konzepte und digitale Infrastruktur ins „Homeschooling“ zu schicken, auch wenn überdeutlich ist, dass solche und ähnliche Maßnahmen die Teilhabechancen von Kindern aus ökonomisch und sozial benachteiligten Lebensverhältnissen wei-

ter verschlechtern? Müssen nicht in Krisensituationen Ad-hoc-Lösungen gefunden werden, um Menschen in beengten Flüchtlingsunterkünften mehr Freiraum zu geben?

Sicher und frei heißt: Einrichtungen und soziale Dienste müssen sich an kontinuierlich wechselnde Sicherheitsvorgaben anpassen und diese zeitnah umsetzen. Dadurch ergibt sich neben finanziellen Belastungen und Unsicherheiten eine erhebliche Beanspruchung ihrer ohnedies schon begrenzten personellen Ressourcen. Unverzichtbar sind gesetzliche Sicherstellungsaufträge, um das Netz der sozialen Daseinsorge auch unter pandemiebedingten Erfordernissen und Einschränkungen aufrechtzuerhalten.

Unabdingbar sind ergänzende Regelungen sozialer Sicherung, um Menschen vor Armut, sozialem und ökonomischem Abstieg, vor Überschuldung, Wohnungslosigkeit, Erwerbslosigkeit zu bewahren und auch jene vor Statusverlust zu schützen, die in der Pandemie als neue Verlierer(innen) nur langsam sichtbar werden. Die durch die Pandemie beziehungsweise durch die ihr folgenden Infektionsschutzmaßnahmen provozierten Verschärfungen sozialer Ungleichheit bedürfen der Gegenwehr. Verschwörungstheorien dürfen wir keinen Raum lassen.

Der Caritasverband fordert:

- ◆ Die Pandemie darf nicht weiter zur Vertiefung sozialer und ökonomischer Ungleichheit führen. Das Netz sozialer Sicherung muss dort fester geknüpft und nachjustiert werden, wo Menschen in schwierigen oder auch bislang geregelten Lebensverhältnissen in neue soziale Notlagen geraten.
- ◆ Die Möglichkeit staatlicher Einschränkungen der Betriebsausübung sozialer und gesundheitlicher Dienste und Einrichtungen muss mit dauerhaft wirksamen Regeln für eine ökonomische Absicherung der subsidiären Leistungserbringer als zentrale Säule der sozialen Infrastruktur verknüpft sein.
- ◆ Es bedarf einer sorgsam Abwägung zwischen unterschiedlichen Interessen im Spannungsfeld von Fürsorge einerseits und persönlicher Freiheit und Teilhabe andererseits, insbesondere auch mit Blick auf infektionshygienische Regelungen und Beschränkungen. Es geht um den Erhalt von Handlungsspielräumen und individuell beziehungsweise regional angepasste Lösungen zum Schutz vulnerabler Personengruppen.
- ◆ Die Expertise auch der Caritas muss in die Planung und Umsetzung von Prävention und Gesundheitsförderung zum Abbau von (gesundheitlicher) Chancenungleichheit zur Gestaltung einer pandemiesensiblen Normalität einbezogen werden.
- ◆ Teilhabe- und Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen müssen gestärkt werden, um zu verhindern, dass das „Pandemiejahr 2020/21“ nachhaltig Spuren der Beeinträchtigung in ihrem Lebenslauf hinterlässt.

- ◆ Beratungs- und Therapieangebote gerade auch für Kinder und Jugendliche in ländlichen Regionen müssen ausgebaut und finanziell abgesichert werden.
- ◆ Es bedarf einer praxisnahen Erforschung der Folgen der Pandemie im Hinblick auf die Inanspruchnahme von familienunterstützenden Leistungen.
- ◆ Die Rentenversicherung muss durch Ausweitung des Versichertenkreises hin zu einer Erwerbstätigenversicherung gestärkt werden, damit auch bisher nicht abgesicherte Gruppen, deren Risiken in der Corona-Krise deutlich sichtbar wurden (wie kleine Selbstständige), ein Sicherheitsnetz im Alter erhalten.

Der Caritasverband unternimmt:

- ◆ Dienste und Hilfen wurden und werden in möglichst großem Umfang, zum Teil in veränderter Form für die Klient(innen) erreichbar und aufrechterhalten (Konzepte für virtuelle/hybride Beratungsformen und Vorgehensweisen im pandemischen Regelbetrieb).
- ◆ Die Dienste und Einrichtungen der Caritas – von der Schwangerenberatung bis zum Jugendmigrationsdienst – unterstützen die Menschen, die zu ihnen kommen, in der Existenzsicherung und bei der Einlösung sozialrechtlicher Ansprüche in der Pandemie und darüber hinaus. Mit einem um die katholischen Krankenhäuser sich entwickelnden Versorgungssystem fördert die Caritas in vielfältiger Weise die gesundheitliche Chancengleichheit insbesondere vulnerabler Bevölkerungsgruppen.
- ◆ Um jungen Menschen mit schlechten Startchancen Bildungsperspektiven durch schulische und berufliche Teilhabe unter den Vorzeichen einer pandemiesensiblen Normalität zu sichern, stärkt die verbandliche Caritas ihre Angebote der Schulsozialarbeit und ähnlicher ausbildungsbegleitender Maßnahmen.
- ◆ Sie arbeitet unter anderem in Bündnissen (zum Beispiel „Aktionsstage Gefängnis“) mit anderen Verbänden daran, die Bevölkerung über die Situation von inhaftierten Menschen zu informieren und auch für deren besondere Lage in Zeiten der Pandemie zu sensibilisieren.
- ◆ Aus einem Monitoring der Folgen der Pandemie – über strukturierte Erhebung von Daten zu den Lebenslagen der Menschen in den Beratungsdiensten der Caritas – werden Lösungsvorschläge für eine Verbesserung der Lebenssituation von neu und verstärkt in Not geratenen Menschen formuliert.

b) Zentrum & Peripherie: #DasMachenWirGemeinsam

Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bleibt auch im Jahr 2021 ganz oben auf der Tagesordnung. Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist ein Synonym für gleiche Teilhabechancen unabhängig von der Postleitzahl. Die Vielfalt Deutschlands kann

nur als Gewinn erlebt und als Potenzial genutzt werden, wenn zum Beispiel die Bildungsperspektiven von Kindern und die Versorgung älterer pflegebedürftiger Menschen in Stadt und Land, in Ost und West... gleichermaßen gesichert sind. Zentrum und Peripherie müssen in ihren unterschiedlichen Entwicklungen wahrgenommen und als zukunftsfähige Wohn- und Lebensräume gestaltet werden. Einsamkeit ist in städtischen Ballungsgebieten ebenso Realität wie im Grünen auf dem Lande. Die Menschen machen in Zentrum und Peripherie zum Teil andere Erfahrungen, sie haben aber gleiche Rechte. Zu deren Sicherung bedarf es vor allem einer auskömmlichen finanziellen Absicherung der Kommunen, die im föderativen Sozialstaat in besonderer Weise die Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse ermöglichen. Städte, Gemeinden und Kreise tragen in erheblichem Maße die finanzielle Verantwortung für die Refinanzierung und Erreichbarkeit der Angebote sozialer Daseinsorge. Nur wo Kommunen selbst ausreichende finanzielle Sicherheit haben, können sie im Zusammenwirken mit den Wohlfahrtsverbänden das Netz sozialer Daseinsorge tragfähig ausgestalten. Die Gewährleistung der sozialen Infrastruktur, um die es geht, reicht vom Krankenhaus bis zur allgemeinen Sozialberatung, es braucht bezahlbaren Wohnraum und familienfreundliche, fair bezahlte Arbeitsplätze überall.

Der Caritasverband fordert:

- ◆ eine auskömmliche finanzielle Ausstattung der Kommunen, die sie in die Lage versetzt, soziale Daseinsvorsorge zu erhalten und zu gestalten (zum Beispiel Kompensation von Gewerbesteuerausfällen über 2021 hinaus);
- ◆ eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Leistungsträgern und subsidiären Leistungserbringern zur Herstellung und Wahrung gleichwertiger Lebensverhältnisse;
- ◆ Reformen des Kinder- und Jugendhilferechts, die für eine Kultur des Aufwachsens in allen Teilen Deutschlands und für alle Kinder – unabhängig davon, ob sie eine Beeinträchtigung haben und unabhängig davon, wo sie wohnen – die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. Dazu gehört auch der Ausbau einer qualitativ hochwertigen Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern;
- ◆ einen Rechtsanspruch auf Schuldnerberatung, damit alle Ver- und Überschuldeten die notwendige Schuldnerberatung erhalten;
- ◆ eine Reform der Finanzierung von Pflege, insbesondere auch der Pflegeversicherung, die eine hochwertige Versorgung pflegebedürftiger Menschen mit der notwendigen Entlastung pflegender Angehöriger und einer tariflichen Vergütung von Pflegekräften in ganz Deutschland gewährleistet;
- ◆ eine flächendeckende Versorgung mit palliativen und hospizlichen Angeboten in der Regelversorgung inklusive der hospizlich-palliativen Spezialversorgung und

- ◆ die Unterstützung einer regionalen Koordinierung der hospizlich-palliativen Angebote der Beratung, Begleitung und Versorgung in der Spezial- und Regelversorgung durch die Förderung von Netzwerken;
- ◆ die Schaffung gesetzlicher Grundlagen zur verstetigten Implementierung von Lotsendiensten (Frühe Hilfen/„Babylotsen“) in allen Geburtskliniken Deutschlands.

Der Caritasverband unternimmt:

- ◆ In verschiedenen Aktionsformaten (zum Beispiel Aktionswoche Schuldnerberatung der AG Schuldnerberatung der Verbände, Armutswochen des Caritasverbandes) wird die Situation verschuldeter Personen und Haushalte mit niedrigem Einkommen öffentlich gemacht und es werden Lösungsvorschläge in die Politik transportiert.
- ◆ Mit der sachgerechten Ermittlung der Regelbedarfe und Kontrollrechnung trägt er dazu bei, sicherzustellen, dass die Regelbedarfe in einem tolerablen Abstand zu den Ausgaben der gesellschaftlichen Mitte liegen.
- ◆ Er beteiligt sich mit Impulsen aus der Praxis vor Ort an der Weiterentwicklung und Verzahnung von Leistungen für Kinder und Jugendliche.
- ◆ In der Umsetzung des BTHG und eines inklusiven Kinder- und Jugendhilfegesetzes gestaltet er gleichwertige Lebensverhältnisse für Menschen mit Beeinträchtigung vor Ort.
- ◆ (Primär-)präventive Angebote Früher Hilfen zur Stärkung und Entlastung von „jungen“ Eltern werden von Trägern der verbandlichen Caritas in einem dichten Netz verstetigt zur Verfügung gestellt.
- ◆ Die Beteiligung der Caritas bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) wird intensiviert, um die Erreichbarkeit der Dienste und Angebote auch über öffentliche Plattformen sicherzustellen. Dabei wird die Caritas darauf hinwirken, die digitale Sozialverwaltungsleistungserbringung an den Bedürfnissen der Nutzer(innen) von sozialen Dienstleistungen auszurichten.

c) Digital & sozial:

#DasMachenWirGemeinsam

2019 trug die Jahreskampagne des Deutschen Caritasverbandes die Überschrift „Sozial braucht digital“. Seither haben wir vielfältig bemerkt: Soziale Arbeit steckt mitten in der digitalen Transformation. Um rat- und hilfeschende Menschen schnell und bedarfsgerecht zu erreichen und passende Hilfeangebote vorzuhalten, braucht es digitale Kompetenz, digitale Tools, Plattformfähigkeit, ein verbandliches Daten- und Wissensmanagement, lernende Systeme, digitale Souveränität. Wir wollen nicht nur Datenschutz und Datensicherheit in unseren Einrichtungen und Diensten ganz

selbstverständlich gewährleisten – in der Online-Beratung ebenso wie bei der Nutzung von Robotik in der Pflege –, sondern wir sehen auch die Datenpflichten der Caritas als Organisation: Das umfasst die Verpflichtung, die in unserer Arbeit gewonnenen Daten – unter strenger Beachtung der informationellen Selbstbestimmung – gemeinwohlorientiert verfügbar zu machen und mit ihrer Analyse ein vertieftes Verständnis des Hilfebedarfs und eine Weiterentwicklung der Dienste und Hilfsangebote zu ermöglichen.

Entscheidend ist die Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit den verantwortlichen Wegbereitern einer digitalen Verwaltung. „Verwaltungsleistungen“ werden auch von freien Wohlfahrtsverbänden erbracht, ihre Einbeziehung in die E-Government-Strategie und Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes müssen Pflichtaufgabe für alle werden, die den subsidiären Sozialstaat in das digitale Zeitalter führen. Für die verbandliche Caritas bedeutet die digitale Transformation nicht nur digitale Leuchtturmprojekte und digital getriebene Innovationen, einfache Skalierbarkeit von digitalen Pilotvorhaben und Pflege eines gemeinsamen Markenprofils im Internet.

Die digitale Transformation regt eine Neuverteilung der Aufgaben innerhalb der verbandlichen Caritas an. Die Landkarte digitaler Gemeinschaftsaufgaben beschreibt, in welchen Feldern der digitalen Agenda Gliederungen und Mitglieder des DCV in alter und neuer Netzwerkzusammenarbeit gemeinsam handeln, um Synergien zu nutzen, Lerngeschichten zu verkürzen, Innovationen zu beschleunigen.

Die Fortführung der Impulse aus der Jahreskampagne 2019 erfordert im anwaltschaftlichen ebenso wie im operativen Handeln der Caritas, in ihren Einrichtungen und Diensten neue Kompetenzen und neue Partnerschaften, Aufmerksamkeit für die Diskurse der Datenethik und Netzpolitik.

Der Caritasverband fordert:

- ◆ Online-Beratung muss als reguläres Leistungsangebot in die Leistungskataloge aufgenommen werden und im Verständnis eines nutzerorientierten Blended Counseling wie Face-to-Face-Beratung vergütet werden, landkreis-, beziehungsweise bundeslandgrenzenüberschreitend.
- ◆ Digitales Ehrenamt ist – in Umsetzung der Impulse des Dritten Engagementberichts der Bundesregierung – umfassend zu fördern.
- ◆ Jugendmedienschutz und die entschiedene Bekämpfung von Kindesmissbrauch und anderen Gewalttaten, die sich im Netz verbreiten, müssen oben auf der Agenda der Politik stehen.
- ◆ Eine gemeinsame Anstrengung von Politik, Wohlfahrtsverbänden und Wirtschaft bei der Überwindung digitaler Spaltungen und Entwicklung einer responsiven Digitalisierungsinitiative ist

nötig, um die digitale Teilhabe älterer Menschen zu verbessern.

- ◆ Mobiles Arbeiten und andere digitale Formen der Zusammenarbeit müssen politisch unterstützt werden; die Transformationskosten dürfen dabei weder einseitig den Beschäftigten noch den Unternehmen zugeordnet werden. Arbeitsschutzgesichtspunkte sind umfassend zu berücksichtigen.
- ◆ Die freie Wohlfahrtspflege muss in die Datenstrategie der Bundesregierung einbezogen werden, unter anderem zur gemeinsamen Entwicklung einer gemeinwohlorientierten Open-Source-Kultur und der Gestaltung praxistauglicher Datentreuhänderkonzepte.
- ◆ Die Digitalstrategien im Bildungsbereich müssen die unterschiedlichen Startchancen von Kindern und Jugendlichen ausgleichend berücksichtigen; die Verteilung von mobilen Endgeräten ist als Antwort auf die Herausforderungen zu wenig.
- ◆ Digitale Daseinsvorsorge soll Teilhabe auch außerhalb des digitalen Raums verbessern, wie es zuletzt der Achte Altersbericht der Bundesregierung gefordert hat.
- ◆ Digitale Innovationen – etwa im Bereich der Robotik – müssen unter Einbeziehung der Betroffenen und unter Beachtung ethischer Standards entwickelt werden (Ethics by Design).

Der Caritasverband unternimmt:

- ◆ Die Weiterentwicklung und Umsetzung seines Blended-Counseling-Konzepts als passgenaue, lebensweltorientierte, medienübergreifende und beratungsfeldübergreifende Beratung und Hilfe der Caritas. Online-Beratung wird integraler Bestandteil des Beratungsansatzes, Qualifizierung der Berater(innen) unterstützt die fachbereichsübergreifende Durchlässigkeit. Die Online-Beratung wird barrierearm gerade auch für Menschen mit Beeinträchtigung nutzbar.
- ◆ Die Online-Beratung U25 der Caritas richtet sich explizit an die Zielgruppe junger Menschen und bietet eine niedrigschwellige und anonyme Beratung durch speziell ausgebildete gleichaltrige Ehrenamtliche („Peers“) an. Wir möchten gemeinsam die nötigen Schritte veranlassen, um die Kapazitätslücke (Suizidprävention U25) nachhaltig zu schließen. Da junge Menschen mit Suizidgedanken „klassische“ Hilfsangebote nur in begrenztem Maß in Anspruch nehmen, müssen zielgruppengerechte Ansätze wie U25 umfassend verfügbar sein.
- ◆ Youngcaritas entwickelt neue Formate des jungen digitalen Engagements, die stetig wachsen. Mit der neuen Online-Scouts-App können sich ab 2021 junge Menschen unabhängig von Standort, zeitlichen Ressourcen oder Zugehörigkeit zu einer Organisation bequem und spielerisch vom Sofa, der Bahn, in der Warteschlange an der Kasse oder im Bad sozial engagieren. Entwickelt von der youngcaritas im Oldenburger Land wird das Angebot der App bundesweit skaliert.

- ♦ Die Caritas entwickelt Lösungsvorschläge für die Sicherstellung digitaler Teilhabe für Menschen und Haushalte im Transferleistungsbezug.
- ♦ Der Deutsche Caritasverband stößt eine verbandliche Datenstrategie an und schafft geeignete Voraussetzungen für die ethisch verantwortete, rechtlich sichere Sammlung, Verarbeitung und Nutzung von Daten aller Ebenen.
- ♦ Der DCV entwickelt seine Intranet-Plattform – Carinet – zu einer Datendrehscheibe und Kommunikations- und Wissensmanagementplattform weiter. Sie ermöglicht die Entwicklung neuer Angebote für Menschen in Not.
- ♦ Der DCV begleitet über seine Vorstandskommission die digitale Transformation der verbandlichen Caritas und setzt sich für die Optimierung der Schnittstellen auch zur öffentlichen Verwaltung ein (im Kontext des Onlinezugangsgesetzes).
- ♦ Der DCV ist Partner von wissenschaftlichen Projekten zur digitalen Transformation, unter anderem zum ethischen Einsatz von Robotik in der Pflege.

d) Heimat & Vielfalt: #DasMachenWirGemeinsam

Migration über Grenzen von Regionen, Nationen und Kontinenten hinweg ist ein prägendes Charakteristikum dieses Jahrhunderts. Weltweit sind Jahr für Jahr mehr Menschen auf der Flucht. Für viele Menschen, die sich auf den Weg in eine neue Heimat machen, liegen die Motive ihrer Migration im persönlichen oder familiären Bereich, in Armut oder Verfolgung. Auf dem Weg in eine neue Heimat und dort angekommen, können Migrant(inn)en zahlreichen Gefahren und Diskriminierungen ausgesetzt sein. Jede Wanderungsentscheidung hat Auswirkungen nicht nur auf die Migrant(inn)en selbst und ihre (mitgenommenen oder zurückgelassenen) Familienangehörigen, sondern auch für die alte und die neue Heimat. Die Offenheit der neuen Heimat für Migrant(inn)en und Offenheit für Diversität beeinflussen wiederum nicht nur deren Chancen, sondern auch die Weiterentwicklung als demokratische plurale Gesellschaft. Freizügigkeit als Qualitätsmerkmal des europäischen Binnenraums steht Ausgrenzung und Abschottung der EU gegen Zuzug von außen gegenüber. Vielfalt wird von einer nicht unbeträchtlichen Zahl von Menschen als Bedrohung empfunden. Rassismus, Antisemitismus und Islamophobie, Frauenverachtung und Homophobie sind die offenkundig leicht entflammbarsten Abwehrreaktionen gegen eine offene Gesellschaft. Rechtspopulismus ist eine gesellschaftliche Strömung, in der komplexe Zusammenhänge stark vereinfacht und polarisierend dargestellt werden, die „Zusammenhalt“ und „Tradition“ beschwört, um damit Stabilität in einer sich stetig verändernden globalisierten Welt zu simulieren. Heimat in Vielfalt gelingt dort, wo Offenheit mit Identifikationsangeboten einhergeht, die auf

Anerkennung und Chancengleichheit setzen, wo selbstbestimmte Teilhabe für alle Menschen im Gemeinwesen ermöglicht wird.

Der Caritasverband fordert:

- ♦ Migrant(inn)en müssen faire und menschenrechtskonforme Rahmenbedingungen für den Migrationsprozess vorfinden. Dazu gehören legale Zugangswege für Geflüchtete ebenso wie für Arbeitsmigrant(inn)en. Menschenrechte und Flüchtlingsschutz sind nicht erst nach der Einreise nach Deutschland, sondern in der ganzen EU und auch an ihren Grenzen zu gewährleisten. Dazu zählt auch, dass Migrant(inn)en und Flüchtlinge Zugang zu einer qualitativen Beratung zu ihren Rechten in aufenthaltsrechtlichen Verfahren sowie zum Rechtsschutz erhalten.
- ♦ Das Recht auf Freizügigkeit gehört zum Kerngehalt der Unionsbürgerschaft und muss von allen EU-Bürger(inne)n gleichermaßen genutzt werden können. Die Rahmenbedingungen müssen so gestaltet werden, dass es nicht zu Arbeitsausbeutung kommt und so, dass EU-Bürger(innen), die im Niedriglohnbereich arbeiten (müssen), alle Rechte ohne Missbrauchsverdacht in Anspruch nehmen können.
- ♦ Für alle Menschen gilt, dass das Zusammenleben mit der Familie persönlich wichtig ist, für Migrant(inn)en wesentlich auch für den Integrationsprozess. Daher müssen rechtliche und verfahrenspraktische Hürden, die den Familiennachzug verwehren, beseitigt werden.
- ♦ Heimat lässt sich nur gemeinsam gestalten: Menschen mit Migrationshintergrund müssen als gleichwertige Mitglieder der Gesellschaft wahrgenommen werden und (mit-)entscheiden können. Da die Einbürgerung die Chance eröffnet, Bürger(in) mit allen staatsbürgerlichen Rechten, Pflichten und Beteiligungsoptionen zu werden, sollten die Möglichkeiten der Einbürgerung daher ausgebaut werden. Ausländer(innen), die sich seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig in Deutschland aufhalten und eine Niederlassungserlaubnis oder eine Aufenthaltserlaubnis haben, sollten das kommunale Wahlrecht erhalten.
- ♦ Sprachliche Verständigung ist als bedeutender Faktor für das Gelingen von sozialer Teilhabe und gesellschaftlichem Zusammenhalt zu stärken. Angebote für Migrant(inn)en zum Erlernen der deutschen Sprache müssen flexibel gestaltet und am Bedarf der Lernenden ausgerichtet sein. Durch den Ausbau der Mehrsprachigkeit sozialer Dienste und Angebote in Behörden und weiteren gesellschaftlichen Institutionen müssen strukturelle Sprachbarrieren überwunden werden.
- ♦ Maßnahmen zur Bekämpfung von Ausgrenzung, Diskriminierung und (Alltags-)Rassismus müssen zur Regelaufgabe und kontinuierlich finanziert werden. Diversitätspolitik muss intersektional angelegt sein und die potenziell diskriminierende Verschränkung ethnischer Zugehörigkeit mit anderen Dimensio-

nen wie Geschlechtszugehörigkeit, Behinderung und/oder Alter berücksichtigen.

- ◆ Das Menschenrecht auf Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums muss so umgesetzt werden, dass für Ausländer(innen) keine (ausgrenzenden) Sondersysteme wie das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) gelten. Zumindest muss sichergestellt werden, dass auch bei Bezieher(inne)n von Leistungen nach AsylbLG das physische und das soziokulturelle Existenzminimum umfassend gesichert werden. Weiter sollte für alle ein Zugang zu Gesundheitsversorgung ohne Anspruchsausschlüsse und für Menschen in aufenthaltsrechtlicher Illegalität ohne Angst vor Aufdeckung gewährleistet werden. Alle ausländischen Kinder mit Aufenthaltsrecht sollten einen eigenständigen Anspruch auf Bildungs- und Teilhabeleistungen erhalten.
- ◆ Live-in-Care darf nicht als unregelmäßige Form der Saisonarbeit gestaltet werden. Es bedarf der Durchsetzung der regulären Arbeitsrechtsstandards.

Der Caritasverband unternimmt:

- ◆ Der Deutsche Caritasverband beteiligt sich aktiv daran, die Folgen der Einwanderung und das gesellschaftliche Leben mitzugestalten, um ein respektvolles Miteinander in einer pluralen Gesellschaft zu gewährleisten und durch Teilhabechancen für alle den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.
- ◆ In politischer Interessenvertretung, als Impuls- und Zukunftsperspektivegeber tritt der Caritasverband für eine Heimat in Vielfalt ein: Wir mischen uns in sozialen und gesellschaftlichen Fragen in Politik und Medien ein und machen uns im öffentlichen Diskurs stark für Vielfalt und Diversität. Wir engagieren uns für die Entwicklung von rechtlichen, sozialen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die umfassende Partizipation aller Bevölkerungsgruppen ermöglichen.
- ◆ Der Deutsche Caritasverband arbeitet mit Pfarrgemeinden, freien Initiativen, Freiwilligenzentren und Ehrenamtlichen unterschiedlicher Herkunft zusammen. Durch sein Wirken trägt er zum gesellschaftlichen Miteinander bei und baut die Hürden zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund ab.
- ◆ Mit seinen Diensten und Einrichtungen der Migrationsberatung und der Flüchtlingsarbeit unterstützt der DCV Migrant(inn)en je nach Bedarf. Diese Dienste sind Türöffner in die Gesellschaft und für die Gesellschaft, indem sie nicht nur individuelle Unterstützung leisten, sondern auch in die Gesellschaft hineinwirken.
- ◆ Der DCV schafft Räume für Begegnung und Engagement. Dadurch lassen sich Vorbehalte abbauen, Gemeinsamkeiten finden und soziale Kompetenzen aufbauen. Die Caritas sieht es daher als wichtige Aufgabe an, noch mehr als bisher Menschen für diese wertvollen Tätigkeiten zu gewinnen. Gemeinsam set-

zen wir Zeichen gegen Ausgrenzung und für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir unterstützen eine vielfältige Gesellschaft, indem wir Möglichkeiten zur Begegnung schaffen.

- ◆ Aus Sicht des DCV ist auch für die eigenen Einrichtungen und Dienste ein weitreichender Prozess der interkulturellen Öffnung erforderlich. Auf der praktischen Ebene verlangt dies unter anderem, eingewanderte Menschen als potenzielle Nutzer(innen) von Dienstleistungen einzubeziehen. Im Rahmen der Personalentwicklung ist die interkulturelle Kompetenz der Mitarbeitenden zu erhöhen. Die interkulturelle Öffnung des Verbandes ist ein langfristiger Lern- und Erfahrungsprozess, der nach wie vor andauert und die Caritas auch in Zukunft beschäftigen wird.

e) Ökologisch & sozial: #DasMachenWirGemeinsam

Die Caritas steht schon immer für Sorge und Abwehr von Armut unter den Voraussetzungen begrenzter Ressourcen. Der Wohlstand der einen darf nicht auf Kosten derer gesichert und vergrößert werden, die mit besonders ungünstigen Chancen starten. Ungleichverteilung findet eine ethische Grenze an der Existenzsicherheit. Diese Grundmaxime des Selbstverständnisses der Caritas muss sich heute unter den Vorzeichen globaler ökologischer Herausforderungen bewähren. Der Reichtum des globalen Nordens beansprucht Ressourcen, die die ökologische Tragfähigkeit erkennbar überfordern. Die Knappheit elementarer natürlicher Ressourcen und die Überschreitung planetarer Grenzen führen weltweit zum Verlust an Biodiversität, Abbau der Humusschicht, zu Desertifikation, zur Versalzung von Böden, zum Ansteigen des Meeresspiegels und zur Zunahme von Wetterextremen. Flucht und Konflikte um knapper werdende Ressourcen sind die Folge. Darunter leiden vor allem die Menschen, die gezwungen sind, in äußerst prekären und vulnerablen Verhältnissen zu leben, obwohl ihr Beitrag zum Zustandekommen der Probleme unterdurchschnittlich ist. Dies gilt im internationalen wie im nationalen Rahmen. Auch in Deutschland sind einkommensärmere Menschen stärker von Lärm, Abgasen und Hitzestress betroffen. Ebenso deutlich ist: Einseitig fiskalisch ausgerichtete Regulierungen wie die EEG-Umlage belasten aufgrund der fehlenden Progressivität zuvorderst und häufig überproportional diejenigen, die über ein geringes Einkommen verfügen. Daher gilt es, soziale Gerechtigkeit mit weitreichenden ökologischen Regulierungen zu verbinden, so dass beides befördert wird, die Akzeptanz von ökologisch induzierter Gesetzgebung weiterhin erhalten bleibt und die Schöpfung erhalten wird.

Der Caritasverband fordert:

- ◆ die Internalisierung externer Kosten: Noch immer ist umweltschädigendes Verhalten preisgünstiger als Leben in Einklang mit

den planetaren Grenzen. Umweltverbrauch und Umweltverschmutzung müssen teurer werden, die zusätzlichen Einnahmen sollten jedoch degressiv an die Bevölkerung zurückerstattet werden (zum Beispiel durch eine Klimaprämie).

- ◆ Ausbau der öffentlichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge: Nicht nur zur Aufrechterhaltung gleichwertiger Lebensverhältnisse, auch zur Bereitstellung umweltschonender Handlungsmöglichkeiten, bedarf es des Ausbaus der öffentlichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge, beispielsweise in den Bereichen Verkehr, Wohnen, Wärmeversorgung und sozialer Stadtentwicklung.
- ◆ Abbau umweltschädlicher Subventionen: Nach wie vor ist die Liste umweltschädlicher Subventionen lang und deren Höhe vor allem im Verkehrsbereich beachtlich. Diese gilt es rasch zurückzufahren und die freiwerdenden Mittel in den Ausbau einer öffentlichen, klimafreundlichen Infrastruktur zu investieren (siehe oben). Damit sich Unternehmen und Verbände im Sozialwesen selbst auf einen umweltfreundlicheren Weg machen (können), braucht es eine angemessene Finanzierung beispielsweise für Gebäudedämmung oder die Berücksichtigung des Aufpreises für fair gehandelte und ökologisch hergestellte Waren im Beschaffungswesen.

Der Caritasverband unternimmt:

- ◆ Der DCV setzt sich für einen sozial ausbalancierten Umweltschutz ein, um die sozial-ökologische Transformation auf allen Ebenen zu unterstützen.
- ◆ Das Zehnjahreserfolgsprogramm Stromspar-Check des DCV wird fortgeführt und verbreitert. Weiterentwicklungen beispielsweise bei Integration von Menschen mit Armutserfahrung in vom Strukturwandel betroffenen Regionen werden initiiert und umgesetzt.
- ◆ Mit seinen Einrichtungen ist der Verband ein bedeutender Akteur auf dem Beschaffungsmarkt von Textilien. Damit diese unter fairen und ökologischen Bedingungen produziert werden, unterstützt er seit 2020 die Initiative „Grüner Knopf“.
- ◆ Der Deutsche Caritasverband skaliert innovative Ansätze einer ressourcenschonenden Mobilität, gerade auch in den Bereichen, in denen er selbst in das Mobilitätsverhalten als Akteur strukturell eingebunden ist, etwa in der ambulanten Pflege.
- ◆ Das ursprünglich von der BAG IDA initiierte Programm „Einzigware“, das die Wiederverwendung von Materialien mit der Förderung von Menschen mit Integrationshemmnissen verbindet, wird ausgeweitet.
- ◆ Nicht alle Treibhausgasemissionen können über Nacht verhindert werden. Daher unterstützt der Deutsche Caritasverband als Gesellschafter den CO₂-Kompensationsfonds der „Klimakollekte“.

- ◆ In der Arbeit von Caritas international haben Not- und Katastrophenhilfe, zunehmend verursacht durch die von Menschen verursachte Klimakrise, einen herausragenden Stellenwert. Vorsorge, Prävention und das Eintreten für anspruchsvollen Klimaschutz sind Grundpfeiler der internationalen Arbeit.
- ◆ Zusätzlich zu Ideen, wie der persönliche CO₂-Fußabdruck reduziert werden kann, regt youngcaritas an, den eigenen ökologischen Handabdruck durch Aktionen mit anderen und durch umweltfreundliches Handeln zu vergrößern. Mit analogen und digitalen Methoden werden die Ideen in Schulen und Jugendgruppen verbreitet.

Wie geht es weiter?

2022 werden wir im Jahr des 125. Geburtstags den #DasMachenWirGemeinsam-Faden weiterspinnen: Tradition und Innovation. Dem Gründungsauftrag der Caritas entsprechend werden wir die Zusammenarbeit verschiedener Akteure in den Mittelpunkt stellen und daraus eine Botschaft der Kooperationsfähigkeit und Handlungsmacht ableiten.

Mögliche überraschende und/oder versöhnende Allianzen machen uns stark: Haupt- und Ehrenamt, Frauen und Männer, Laien und Klerus, Christen und Nichtchristen, Wohlfahrtsverbände und öffentliche Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft, Enttäuschte und Hoffnungsträger, Digital Natives und Digital Immigrants und viele mehr.

Freiburg, 19. Oktober 2020
 Deutscher Caritasverband
 Vorstand
 PRÄLAT DR. PETER NEHER
 Präsident

Kontakt: Eva M. Welskop-Deffaa, Vorstand Sozial- und Fachpolitik, E-Mail: vorstand.sozialpolitik@caritas.de;
 Dr. Thomas Becker, Bereichsleiter Sozialpolitik und fachliche Innovationen, E-Mail: thomas.becker@caritas.de

Anmerkungen

1. *Das sozialpolitische Agendapapier 2021 erfüllt die Funktion der früheren sozialpolitischen Positionen für die Caritas-Kampagne #DasMachenWirGemeinsam*
2. *Von der „Sozialstaatsbedürftigkeit“ sprechen KERSTEN, J.; RIXEN, S.: Der Verfassungsstaat in der Coronakrise. München: C.H. Beck, 2020, S. 5.*
3. *Botschaft von Papst Franziskus zum Welttag der Armen 2020 (Kurzlink: <https://bit.ly/3mpX0Mk>).*